

ANTRÄGE POSITIONSPAPIER ZU AKTUELLEN FRAGEN DER GESUNDHEITSPOLITIK IM BASELBIET

Antrag 1: Zusätzlicher Punkt «Positionen und Forderungen der SP» und entsprechende Ergänzungen im Text, Peter Schmid		
Bisher	Neu	Erläuterungen
Ergänzung zusätzliche Forderung (S. 3 und S. 13.)		
	Die SP Baselland erwartet ein Konzept für ambulante Praxen und Gesundheitszentren und anschliessend den schrittweisen Aufbau.	Ausreichend ambulante Praxen und Gesundheitszentren sind die Voraussetzung dafür, dass die Ambulantisierung bei der Bevölkerung auf Vertrauen stösst und gelingen kann.
Entsprechende Ergänzungen im Text: Seite 5, Kapitel «stationär vs. ambulant», 1. Abschnitt		
[...]Deshalb besteht eine der Herausforderungen darin, die hohen Hospitalisierungsraten auch in unserer Region zu reduzieren und dieses Potential der Ambulantisierung vermehrt auszuschöpfen, dort wo es unter medizinischen Betrachtung Sinn ergibt oder die gleichbleibende Qualität bei tieferen Kosten geboten werden kann.	[...]Deshalb besteht eine der Herausforderungen darin, die hohen Hospitalisierungsraten auch in unserer Region zu reduzieren und dieses Potential der Ambulantisierung vermehrt auszuschöpfen, dort wo es unter medizinischen Betrachtung Sinn ergibt oder die gleichbleibende Qualität bei tieferen Kosten geboten werden kann. Voraussetzung für den Ausbau der ambulanten Behandlung ist die rechtzeitige Einrichtung ausreichender Gruppenpraxen und Gesundheitszentren in erreichbarer Nähe. Sie schafft das nötige Vertrauen der Bevölkerung in die Ambulantisierung.“	Entsprechende Ergänzungen im Text, um die Forderung zu begründen.
Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme		

Antrag 2: Umbenennung Positionspapier sowie Änderung sämtlicher Verweise auf «Gesundheitspolitik» zu: «Spitalpolitik», René Gröflin		
Bisher	Neu	Erläuterungen
Titel: Zu aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik im Baselbiet Seite 4, Einleitung, 1. Abschnitt: Diese laufenden Diskussionen über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen prägen denn auch die Debatten in der Gesundheitspolitik seit Jahren; und zwar auf nationaler, regionaler und kantonaler Ebene. Seite 4, Einleitung, letzter Abschnitt: Das vorliegende Positionspapier der SP Baselland widmet sich zwei der zentralsten Fragestellungen dieser aktuellen gesundheitspolitischen Debatte in unserem Kanton: Seite 13, Positionen und Forderungen der SP, 1. Satz: Auf der Grundlage des vorliegenden Papiers vertritt die SP Baselland zu den aktuellen Fragestellungen der Gesundheitspolitik im Kanton Basel-Landschaft folgende Positionen:	Titel: Titel: Zu aktuellen Fragen der Spitalpolitik im Baselbiet Seite 4, Einleitung, 1. Abschnitt: Diese laufenden Diskussionen über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen prägen denn auch die Debatten in der Spitalpolitik seit Jahren; und zwar auf nationaler, regionaler und kantonaler Ebene. Seite 4, Einleitung, letzter Abschnitt: Das vorliegende Positionspapier der SP Baselland widmet sich zwei der zentralsten Fragestellungen dieser aktuellen spitalpolitischer Debatte in unserem Kanton: Seite 13, Positionen und Forderungen der SP, 1. Satz: Auf der Grundlage des vorliegenden Papiers vertritt die SP Baselland zu den aktuellen Fragestellungen der Spitalpolitik im Kanton Basel-Landschaft folgende Positionen:	Das Positionspapier nimmt Bezug auf die Baselbieter Spitalpolitik und greift als "Gesundheitspolitik" viel zu kurz! Neben dem Kantonsspital existieren in unserem Kanton eine Menge weiterer Leistungserbringer, die ebenso systemrelevant sind wie das Kantonsspital. Die Baselbieter Pflegeheime betreuen mit rund 4700 Mitarbeitenden (mehr als das KSBL) etwa 3300 ältere Menschen, dies vor allem im Bereich Pflege und Betreuung. Hinzu kommen noch sehr viele Pflegende in der Spitex. Diese stationären und ambulanten Dienstleister betreuen ältere und vulnerable Menschen und sind Bestandteil der Baselbieter Gesundheitsversorgung! Es wird Zeit, dass wir uns dem Thema Alter intensiver widmen und nicht die Augen vor der demografischen Entwicklung verschliessen. Wenn wir (politisch und wirtschaftlich) in den nächsten Jahren nichts unternehmen, fahren wir das System alterspolitisch an die Wand. Speziell die SP sollte sich dieses Themas vermehrt annehmen und nicht nur die akut-medizinische Versorgung im Blick haben.
Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: Keine Umbenennung des Positionspapier, Ergänzung der Verweise auf «Gesundheitspolitik»		
Titel: Zu aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik im Baselbiet Seite 4, Einleitung, 1. Abschnitt: Diese laufenden Diskussionen über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen prägen denn auch die Debatten in der Gesundheitspolitik seit Jahren;	Titel: unverändert Seite 4, Einleitung, 1. Abschnitt: Diese laufenden Diskussionen über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen prägen denn auch die Debatten in der Gesundheits- und Spitalpolitik	Die GL versteht das Anliegen, dass es sich beim vorliegenden Papier nicht um ein allumfassendes Positionspapier zum Thema Gesundheitspolitik des Kantons BL handelt. Die Gesundheitspolitik ist deutlich breiter gefasst (über KSBL und GGR hinaus) und umfasst weitere, vom Antragssteller

und zwar auf nationaler, regionaler und kantonaler Ebene. Seite 4, Einleitung, letzter Abschnitt: Das vorliegende Positionspapier der SP Baselland widmet sich zwei der zentralsten Fragestellungen dieser aktuellen gesundheitspolitischen Debatte in unserem Kanton: Seite 13, Positionen und Forderungen der SP, 1. Satz: Auf der Grundlage des vorliegenden Papiers vertritt die SP Baselland zu den aktuellen Fragestellungen der Gesundheitspolitik im Kanton Basel-Landschaft folgende Positionen:	seit Jahren; und zwar auf nationaler, regionaler und kantonaler Ebene. Seite 4, Einleitung, letzter Abschnitt: Das vorliegende Positionspapier der SP Baselland widmet sich zwei der zentralsten Fragestellungen dieser aktuellen gesundheits- und spitalpolitischen Debatte in unserem Kanton: Seite 13, Positionen und Forderungen der SP, 1. Satz: Auf der Grundlage des vorliegenden Papiers vertritt die SP Baselland zu den aktuellen Fragestellungen der Gesundheitspolitik und insbesondere der Spitalpolitik im Kanton Basel-Landschaft folgende Positionen:	erwähnte Themenfelder, die noch zu bearbeiten sind. (An dieser Stelle hervorzuheben ist, dass wir auch in anderen Bereichen aktiv sind; so hat die SP 2022 eine Evaluation des Alters- und Pflegegesetzes (APG BL) gefordert (Interpellation 2022/174, Urs Roth). Nach Auskunft der VGD soll diese Evaluation nun in den Jahren 2025/2026 durchgeführt werden. Entsprechend schliesst die GL beispielsweise ein Folgepapier zur Langzeitpflege keineswegs aus.) Eine vollständige Umbenennung des Papiers empfiehlt die GL jedoch nicht, da im vorliegenden Positionspapier auch Überlegungen enthalten sind, die über die Spitalpolitik hinausgehen und da im Titel explizit auf «aktuelle Fragen» der Gesundheitspolitik verwiesen wird. Stattdessen schlägt die GL eine modifizierte Annahme des Antrags 2 vor: Unveränderter Titel, aber ausdrückliche Hinweise bei den Forderungen, dass es sich in erster Linie um spitalpolitische Forderungen handelt.
--	--	---

Antrag 3: Standortfrage: Grüne Wiese favorisieren, Caroline Rietschi	
Antrag: Bei der Standortfrage die Variante «Grüne Wiese» favorisieren. Standort Liestal wäre ok, aber Standort Bruderholz aufheben.	Begründung: Der Standort Bruderholz ist verkehrstechnisch miserabel erschlossen. Als Leimentaler geht man lieber ins USB. Den alten Kasten zu sanieren ist unverhältnismässig. Der Standort würde sich viel besser eignen für Wohnnutzung.
Empfehlung der GL: Ablehnung	Begründung: Der Antrag , die Variante «Grüne Wiese» zu favorisieren, widerspricht selbstredend den Positionen, wie wir sie im Positionspapier festgehalten haben. Dieser Antrag beantragt die GL mit Verweis auf die detaillierten Darlegungen im Positionspapier abzulehnen. Die in der Begründung der Antragsstellerin erwähnte zusätzliche Überlegung, nur den Standort Bruderholz fallen zu lassen und auf den Standort Liestal zu fokussieren («der Standort Liestal wäre ok»), entspricht der Variante «Rückzug Liestal», wie er wiederholt, zuletzt auch von der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) und den externen Experten (PwC), geprüft und einstimmig abgelehnt wurde. Diese Variante würde zu hohen Marktanteilsverlusten des KSBL und damit verbunden deutlich höheren Kosten für den Kanton Baselland führen. Die GL empfiehlt deshalb, auch diesen Vorschlag abzulehnen.